

REFORM DER WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Beiliegend finden Sie eine Kopie von Herrn Duffs, Berichterstatter, neuen Vorschlägen zur Reform der Wahlen zum Europäischen Parlament.

Seine wichtigsten Vorschläge, die rechtzeitig vor den nächsten Wahlen 2014 in Kraft treten sollen, umfassen:

- Einrichtung eines EU-weiten Wahlkreises, der 25 zusätzliche Mitglieder stellt: Jeder Wähler hat zwei Stimmen;
- Einrichtung regionaler Wahlkreise in den größeren EU-Staaten;
- Stimmabgabe entweder zugunsten einer Parteiliste oder eines einzelnen Kandidaten von einer Liste (halboffen);
- Einrichtung einer EU-Wahlbehörde, die Regeln für die Wahlen festlegt und diese überwacht;
- Erarbeitung einer mathematischen Formel zur Verteilung der 751 nationalen Sitze nach dem Prinzip der degressiven Proportionalität;
- Beschränkung der Wahltage auf Samstage und Sonntage;
- Vorverlegung der Wahl von Juni auf Mai;
- Empfehlungen zur Harmonisierung des Mindestalters für das aktive und passive Wahlrecht;
- Festsetzung supranationaler Regelungen hinsichtlich der Vorrechte und Befreiungen der Mitglieder;
- Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilnahme an den Wahlen, besonders für EU-Bürger, die nicht in ihrem Heimatland leben.

Das Europäische Parlament hat das Initiativrecht in diesem Themenbereich, das Recht, die Einrichtung eines Konvents zur Vorbereitung einer Regierungskonferenz, die die entsprechenden Vertragsänderungen beschließt, zu fordern, sowie das Recht auf Zustimmung bei den Beschlüssen über das Wahlverfahren und über die neue Zusammensetzung des Parlaments.

Folgender Zeitplan ist vorgesehen:

- Beschluss des Europäischen Parlaments über den Duff-Bericht: Juli – September 2010;
- Beschluss des Europäischen Rates, die Vorschläge des Parlaments als Verhandlungsgrundlage anzunehmen: Dezember 2010;
- Konvent über die Reform des Parlaments unter Beteiligung des Europäischen Rates, der Kommission, des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente: Frühling 2011;
- Regierungskonferenz: Sommer 2011;
- Ratifizierung durch die nationalen Parlamente und Zustimmung des Europäischen Parlaments: bis Juli 2012;
- Umsetzung der Rechtsvorschriften: bis Juli 2013 und damit rechtzeitig vor den Wahlen im Mai 2014.

Herr Duff bittet alle interessierten Kreise um Stellungnahme zu seinen Vorschlägen. Eine Weiterverbreitung des Berichtsentwurfs ist erwünscht. Andere Sprachfassungen werden in Kürze zur Verfügung stehen.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/homeCom.do?language=DE&body=AFCO>
